Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

12.10.2013

Nr. 37

Inhalt:

Podiumsdiskussion zur Landtagswahl	S. 01	Besuch von Sozialminister Wolf Weber	S. 03
Diskussion über Sicherheitswachten	S. 01	Abschaffung der Arbeitslosenhilfe	S. 04

November 1997

„NEUE WEGE aus der Arbeitslosigkeit" lautete der Titel einer von der Bürgerbewegung gegen Arbeitslosigkeit veranstalteten Podiumsdiskussion. Von links: Rolf Rehfeld (FDP), Bernd Busemann (CDU), Gottfried Sandmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Peter Raske (SPD). Ferdinand Saalfeld von der BBA moderierte. Foto: Wagner

Ems-Zeitung 28.11.1997

Wirtschaftswachstum allein genügt heute nicht mehr

Podiumsdiskussion im Papenburger Carré mit Kandidaten zur Landtagswahl - „Sparen, auch wenn es schmerzt"

Papenburg (aw) Wirtschaftswachstum allein schafft nicht mehr genug Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne wird wohl nicht mehr zu erreichen sein, und die Kassen des Landes sind leer. In diesen Punkten waren sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Neue Wege aus der Arbeitslosigkeit" einig.

Eingeladen hatte die Bürgerbewegung gegen Arbeitslosigkeit (BBA), und gekommen waren der CDU-Landtagsabgeordnete Bernd Busemann, der SPD-Landtagskandidat Peter Raske, Rolf Rehfeld von der FDP in Vertretung des Spitzenkandidaten Michael Goldmann und Gottfried Sandmann von Bündnis 90/Die Grünen.

Bernd Busemann eröffnete die Runde mit ersten Statements. Er betonte, daß das Ziel der Vollbeschäftigung nicht generell aufgegeben werden sollte, man aber keine amerikanischen Verhältnisse wolle. Niedersachsen habe kein Geld, und „Ohne Moos nix los!" Also müsse das Land sehen, wie es an Geld komme. Ein Weg sei konsequentes Sparen, „auch wenn es schmerzt". Im öffentlichen Dienst sei noch ein Sparpotential zu mobilisieren, und auch bei den Pensionsanwartschaften müsse gebremst werden.

Ein weiteres Mittel, „um Geld flüssig zu machen", sei der Verkauf des „Tafelsilbers". Darunter fallen landeseigene Immobilien. Andere Bereiche seien dagegen absolut tabu, so die Anteile des Landes an den Volkswagen-Werken. Busemann betonte, daß der Verkauf von landeseigenem Vermögen mit „Augenmaß und zu vernünftigen Preisen" erfolgen müsse. Die so eingenommenen Gelder dürften nicht zum Stopfen der Löcher im laufenden Haushalt verwandt werden, sondern sollten nach den Vorstellungen der CDU in einen Zukunftsfonds fließen. Dieser Fond solle der Förderung von Bildung, Arbeit und Wirtschaft dienen. Eine aggressive Wirtschaftspolitik sei nötig, Programme zur verstärkten Wirtschafts- und Agrarförderung und vor allem eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in Deutschland. „Die Steuerreform muß kommen. Wenn man sie verschiebt, ist der Schaden unermeßlich. Deshalb müssen alle miteinander in die Socken kommen!" appellierte Busemann.

Der SPD-Politiker Peter Raske verwies darauf, daß das Land Niedersachsen, soweit es seine beschränkten Finanzen zuließen, Programme gegen Arbeitslosigkeit unterhalte. Auf diesem Weg müsse weitergemacht werden. „Wenn wir Arbeitslosigkeit abbauen wollen, brauchen wir einen ‚zweiten' Arbeitsmarkt, das heißt einen gemeinwirtschaftlichen Sektor." Es sei absurd, wenn

Solidarität gefordert

Millionen Menschen zu Hause säßen, obwohl genug Aufgaben in der Gesellschaft da seien. Er forderte eine neue Solidarität, die auch die Reichen für die Gesellschaft verpflichte.

Rolf Rehfeld (FDP) betonte zunächst die Eigenverantwortung des einzelnen. Ausdrücklich begrüßte er die BBA als Ausdruck solcher Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Er nannte vier Punkte, die neue Arbeitsplätze schafften: Die Steuer- und Abgabenlast müsse sinken, bürokratische Hemmnisse abgebaut und die öffentliche Verwaltung abgespeckt werden. Überall, wo es möglich sei, müsse privatisiert werden, und Existenzgründungen müßten gefördert werden. Hier seien vor allem die Banken gefordert. Ihre Bereitschaft zur Vergabe von „Chancenkapital" müsse steigen.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen ist auch für Gottfried Sandmann von den Grünen entscheidend. Er hob die Förderung des Mittelstandes hervor. Als geeigneten Weg aus der Arbeitslosigkeit stellte er die Neuverteilung der vorhandenen Arbeit in den Mittelpunkt. „Teilzeitoffensive" heißt das Zauberwort. Die Vorstellung, ein Arbeitnehmer werde auch in Zukunft 40 Jahre seines Lebens einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, gehöre der Vergangenheit an. „Die Niederländer haben es vorgemacht." Auch eine Ökosteuer werde zu Innovation und neuen Arbeitsplätzen führen, sagte Sandmann. Die Wirtschaft müsse neue Akzente setzen, und die Bürger müßten zum Verzicht bereit sein. „Mut und Phantasie sind nötig!"

Verschiedene Stimmen aus dem Publikum empörten sich über das Verhalten der Politiker, die zum einen in gutbezahlten Berufen im Grunde gar nicht wüßten, was es heißt, arbeitslos zu sein oder Sozialhilfe zu beziehen. Zum anderen sei es fatal, daß alle nur noch auf die nächste Bundestagswahl warteten und sich bis dahin gegenseitig die Schuld an der Misere zuwiesen. Der Staat müsse schlanker und die Arbeitslosen müßten in Arbeit gebracht werden, damit sie Beiträge in die Sozialkassen zahlten, wurde aus dem Publikum gefordert. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei angesichts der vielen jungen Arbeitslosen schlecht, und im Zuge der Globalisierung müsse über Mitbestimmung und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen diskutiert werden. Am Ende der zweistündigen Diskussion war zumindest allen Anwesenden klar, daß das Finden und Beschreiten von „neuen Wegen aus der Arbeitslosigkeit" keine leichte Aufgabe ist.

28.11.97

GEGEN VERUNSICHERUNG DER BEVÖLKERUNG DURCH CDU

Auf großes Unverständnis traf bei Karin Stief-Kreihe, MdL, und SPD-Landtagskandidat Peter Raske die Forderung der CDU in Dörpen nach „Sicherheitswachten". Bei mehreren Besuchen in den Polizeidienststellen des Emslandes und bei einer zentralen Veranstaltung zur Präventionsarbeit wurde von der Polizei versichert, dass ein Ansteigen der Kriminalität im Emsland nicht zu verzeichnen wäre. Deutlich wurde dabei auch eine Ablehnung der „Sicherheitswachten" durch die Polizei. Verunsichert würde die Bevölkerung durch eine steigende Unordnung im öffentlichen Raum, so dass subjektiv ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis zu verzeichnen wäre. Dies galt es, ernst zu nehmen. Hier könnten auch runde Tische oder

Präventionsräte helfen, damit im Vorfeld von Kriminalität und Störung der öffentlichen Ordnung Maßnahmen von Bürgern, Behörden und Vereinen getroffen würden. Karin Stief-Kreihe sah in der bei einer Bürgerversammlung in Dörpen erhobenen Forderung nach sogenannten „Sicherheitswachten“ eine Verunsicherung der Bevölkerung. Damit schürte die CDU eher die Angst vor Kriminalität in der Bevölkerung, statt dem Vorschlag der SPD zu folgen, konkret etwas zu tun. Als ein Beispiel, wie so etwas organisiert werden könnte, war die Arbeit des „runden Tisches“ unter Leitung der Polizei in Papenburg zu sehen.

Unglaubwürdig wurde die Argumentation der CDU auch, wenn der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete einerseits die Forderung des CDU-Wahlprogramms nach Abbau von Landesbediensteten präsentiere und gleichzeitig Personal für „Sicherheitswachten“ forderte. Es müsste ihm eigentlich bekannt sein, dass Polizisten und Lehrer den überwiegenden Teil der Landesbediensteten stellten. Es war scheinheilig die Einstellung von mehr Lehrern und Sicherheitskräften zu fordern und gleichzeitig öffentliche Stellen „drastisch zu kürzen“. Sicherlich wäre es wünschenswert, mehr Lehrer und Polizisten einzustellen, so Karin Stief-Kreihe. Vor dem Hintergrund leerer Kassen war dies jedoch nicht möglich. Die SPD fragte, wie dies die CDU umsetzen wollte, wo die Bundesregierung gleichzeitig dafür sorgte, dass die Länder immer weniger Geld in ihren Haushalten hätten.

SPD im Emsland wendet sich gegen Verunsicherung

... der Bevölkerung durch CDU auf Bürgerversammlungen

EMSLAND. Auf großes Unverständnis trifft bei Karin Stief-Kreihe, SPD-Landtagsabgeordnete, und Peter Raske, SPD-Landtagskandidat, die Forderung der CDU in Dörpen nach Sicherheitswachten.

Bei mehreren Besuchen in den Polizeidienststellen des Emslandes und bei einer zentralen Veranstaltung zur Präventionsarbeit wurde Peter Raske und Karin Stief-Kreihe von der Polizei versichert, daß ein Ansteigen der Kriminalität im Emsland nicht zu verzeichnen sei. Deutlich wurde dabei auch eine Ablehnung der „Sicherheitswachten“ durch die Polizei.

Verunsichert sei die Bevölkerung durch eine steigende Unordnung im öffentlichen Raum, so daß subjektiv ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis zu verzeichnen sei. Dies gelte es nach Auffassung von Peter Raske ernst zu nehmen. Hier könnten auch runde Tische oder Präventionsräte helfen, damit im Vorfeld von Kriminalität und Störung der öffentlichen Ordnung Maßnahmen von Bürgern, Behörden und Vereinen getroffen werden. Karin Stief-Kreihe sieht in der bei einer Bürgerversammlung in Dörpen erhobenen Forderung nach sogenannten Sicherheitswachten eine Verunsicherung der Bevölkerung.

Damit schüre die CDU eher die Angst vor Kriminalität in der Bevölkerung, statt dem Vorschlag der SPD zu folgen, konkret etwas zu tun. Als ein Beispiel, wie so etwas organisiert werden könne, sei die Arbeit des „runden Tisches“ unter Leitung der Polizei in Papenburg zu sehen.

Unglaubwürdig wird die Argumentation der CDU auch, so Peter Raske, wenn der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete einerseits die Forderung des CDU-Wahlprogramms nach Abbau von Landesbediensteten präsentiere und gleichzeitig Personal für Sicherheitswachten fordert. Es müßte ihm eigentlich bekannt sein, daß Polizisten und Lehrer den überwiegende Teil der Landesbediensteten stellen. Es sei schon scheinheilig die Einstellung von mehr Lehrer und Sicherheitskräfte zu fordern, und gleichzeitig öffentliche Stellen „drastisch zu kürzen“ zu wollen.

Sicherlich sei es wünschenswert, mehr Lehrer und Polizisten einzustellen, so Karin Stief-Kreihe. Vor dem Hintergrund leerer Kassen sei dies jedoch nicht möglich. Die emsländische SPD fragt, wie dies die CDU umsetzen will, wo die Bundesregierung gleichzeitig dafür sorgt, daß die Länder immer weniger Geld in ihren Haushalten haben.

Der Wecker 23.11.1997

Runder Tisch in Papenburg Vorbild

SPD: CDU schürt Angst vor Kriminalität

EMSLAND. Auf großes Unverständnis treffe bei Karin Stief-Kreihe, SPD-Landtagsabgeordnete, und Peter Raske, SPD-Landtagskandidat, die Forderung der CDU in Dörpen nach Sicherheitswachten. Das geht aus einer Pressemitteilung der Sozialdemokraten hervor.

Bei mehreren Besuchen in den Polizeidienststellen des Emslandes und bei einer zentralen Veranstaltung zur Präventionsarbeit sei Peter Raske und Karin Stief-Kreihe von der Polizei versichert worden, daß ein Ansteigen der Kriminalität im Emsland nicht zu verzeichnen sei. Deutlich geworden sei dabei auch eine Ablehnung der „Sicherheitswachten“ durch die Polizei.

Verunsichert sei die Bevölkerung durch eine steigende Unordnung im öffentlichen Raum, so daß subjektiv ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis zu verzeichnen sei. Dies gelte es nach Auffassung von Peter Raske ernst zu nehmen.

Hier könnten auch runde Tische oder Präventionsräte helfen, damit im Vorfeld von Kriminalität und Störung der öffentlichen Ordnung Maßnahmen von Bürgern, Behörden und Vereinen getroffen würden. Karin Stief-Kreihe sieht in der bei einer Bürgerversammlung in Dörpen erhobenen Forderung nach sogenannten eine Verunsicherung der Bevölkerung.

Damit schüre die CDU eher die Angst vor Kriminalität in der Bevölkerung, statt dem Vorschlag der SPD zu folgen, konkret etwas zu tun. Als ein Beispiel, wie so etwas organisiert werden könne, sei die Arbeit des „runden Tisches“ unter Leitung der Polizei in Papenburg zu sehen.

Unglaubwürdig werde die Argumentation der CDU auch, so Peter Raske, wenn der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete einerseits die Forderung des CDU-Wahlprogramms nach Abbau von Landesbediensteten präsentiere und gleichzeitig Personal für Sicherheitswachten fordere. Es müsse ihm eigentlich bekannt sein, daß Polizisten und Lehrer den überwiegenden Teil der Landesbediensteten stellten.

Es sei scheinheilig, die Einstellung von mehr Lehrern und Sicherheitskräften zu fordern, und gleichzeitig öffentliche Stellen „drastisch kürzen“ zu wollen. Sicherlich sei es wünschenswert, mehr Lehrer und Polizisten einzustellen, so Karin Stief-Kreihe. Vor dem Hintergrund leerer Kassen sei dies jedoch nicht möglich.

General Anzeiger 24.11.1997

SPD im Emsland wendet sich gegen CDU-Forderung nach „Sicherheitswachten“

„CDU schürt Angst der Bürger“

Emsland. Auf Unverständnis trifft bei Karin Stief-Kreihe, SPD-Landtagsabgeordnete, und Peter Raske, SPD-Landtagskandidat, die Forderung der CDU in Dörpen nach „Sicherheitswachten“. Bei mehreren Besuchen in den Polizeidienststellen des Emslandes und bei einer zentralen Veranstaltung zur Präventionsarbeit habe die Polizei den SPD-Politikern versichert, daß ein Ansteigen der Kriminalität nicht zu verzeichnen sei.

Deutlich sei dabei auch eine Ablehnung der „Sicherheits-wachten“ durch die Polizei geworden. Verunsichert sei die Bevölkerung durch eine steigende Unordnung im öffentlichen Raum, so daß subjektiv ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis zu verzeichnen sei. Dies gelte es nach Auffassung von Peter Raske ernst zu nehmen. Hier könnten auch runde Tische oder Präventinsräte helfen, damit im Vorfeld von Kriminalität und Störung der öffentlichen Ordnung Maßnahmen von Bürgern, Behörden und Vereinen getroffen werden. Karin Stief-Kreihe sieht in der bei einer Bürgerversammlung in Dörpen wiederholt erhobenen Forderung nach sogenannten Sicherheitswachten eine Verunsicherung der Bevölkerung. Damit schüre die CDU eher die Angst vor Kriminalität in der Bevölkerung, statt dem Vorschlag der SPD zu folgen, konkret etwas zu tun. Ein gutes Beispiel sei die Arbeit des „runden Tisches“ unter Leitung der Polizei in Papenburg.

Sonntags Report 30.11.1997

„Wird die Altenpflege im Jahr 2000 zur Fließbandarbeit?“

Sozialminister Wolf Weber besuchte die Papenburger Fachschule

Papenburg (sr) „Ich bin wirklich gefrustet,“ sagte der niedersächsische Sozialminister Wolf Weber (SPD) gestern bei seinem Besuch in der Altenpflegeschule Papenburg. Verdrießlich machte ihn nicht etwa die Einrichtung selbst, denn Schulleiter Jürgen Kothe und sein Team sorgten dafür, daß der hohe Besuch während eines Rundgangs die deutsch-niederländischen Austauschprogramme, das Seniorenbüro und die anderen „Schokoladenseiten“ zu sehen bekam. Was den Minister „frustete“ war, daß er in der anschließenden Diskussion nicht geschont wurde und sich, wie er meinte, unberechtigte Vorwürfe anhören mußte.

In der Diskussion mit Altenpflegeschülern, Vertretern des Rates der Stadt und des Marienkrankenhauses wurde zum Beispiel kritisiert, daß eine Umschulung an der Altenpflegeschule nicht mehr möglich sei, weil die Richtlinien des Arbeitsamtes das nicht zuließen. „Das Landesarbeitsamt ist eine Filiale der Bundesanstalt für Arbeit, und der Bund hat die Mittel für Arbeitsbeschaffung gekürzt, weil der politische Druck da war,“ antwortete der Sozialminister. Er lehne es grundsätzlich ab, die Schuld für Mißstände an Politiker abzugeben, denn die seien vom Volk gewählt und setzten das durch, was die Mehrheit wolle.

„Wir können nicht individuell Hilfe verlangen, wenn wir in Schwierigkeiten geraten und es ablehnen, für das System zu zahlen, wenn es uns gerade selbst gut geht,“ meinte der Minister. Am Geld allein könne es aber doch nicht liegen, kam der Einwand einer Zuhörerin, schließlich seien bei der Pflegeversicherung große Beträge übriggeblieben. Pflegeschüler verdeutlichten ihre Angst, unter der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit mit der Stoppuhr arbeiten zu müssen und Schulleiter Kothe fragte: „Wird die Altenpflege im Jahr 2000 zur Fließbandarbeit?“

Hier bestehe in der Tat ein großes Defizit, befand auch Weber. Entstanden sei die mißliche Lage dadurch, daß private Pflegedienste, die vorrangig für den Profit arbeiteten, als Maßstab für soziale Einrichtungen gesetzt worden seien. Gespräche, Fürsorge oder gar liebevolle Zuwendung seien in diesen Zeitplänen nicht vorgesehen und das sei eben ungerecht gegenüber einer Einrichtung wie der Altenpflege in Papenburg, die noch einen wohltuenden Gegenpol zum reinen Profitdenken bilde.

Ein weiteres Problem mit der Pflegeversicherung sprach eine Mitarbeiterin des Seniorenbüros an. Zu oft würden alte Menschen nicht in die angemessene Pflegestufe eingeordnet, weil sie sich selbst und auch anderen nicht eingestehen wollten, daß sie nicht mehr so leistungsfähig seien. Da werde zum Beispiel gefragt: Kann die Person noch selbst die Zähne putzen und wenn das bejaht werde, erfolge gleich eine Abstufung. „Daß dieser Mensch keine Hilfe von Angehörigen hat oder verwirrt ist, das wird gar nicht berücksichtigt“, kam die Klage von den Zuhörern.

Auch diesen Vorwurf habe er schon öfter gehört, entgegnete der Sozialminister. Er sehe auch noch keine große Verbesserung nach Einführung der Pflegeversicherung. „Der Buß- und Bettag ist weg, aber sonst hat sich nicht viel getan.“ Allerdings sei der Medizinische Dienst durch die Flut der Anträge auch überfordert gewesen, und manches sei dem Konto Anlaufschwierigkeiten zu verbuchen.

Das Land Niedersachsen habe mit 6,5 Millionen DM eine Ausbildungsvergütung vorfinanziert, weil 1000 Einrichtung dagegen Einspruch erhoben und damit die Auszahlung verweigert hätten. „Deutschland ist ein reiches Land, die Schiffe, die Meyer baut, werden für teure Kreuzfahrten genutzt.“ Trotzdem werde ohne Not am Sozialstaat gekürzt. Er sehe die Tendenz, daß es nicht mehr eine Gesellschaft gebe, sondern, daß sich die sozialen Gruppen gegeneinander absicherten.

SCHULLEITER JÜRGEN KOTHE zeigte dem Sozialminister Wolf Weber und dem SPD-Landtagskandidaten Peter Raske die „Schokoladenseite“ der Fachschule für Altenpflege in Papenburg. Foto: Risius

Ems-Zeitung 25.11.1997

Arbeislosenhilfe „muß bleiben“

Emsland. Überlegngen der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe abzuschaffen, wies der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland, Peter Raske, während einer gemeinsamen Sitzung von Kreistagsfraktion und Kreisvorstand zurück. Auf Sozialhilfe seien bereits heute 700 000 arbeitslose Menschen angewiesen. Die Kommunen kämpften mit Fördermaßnahmen in Höhe von rund 200 000 Plätzen dagegen an, obwohl die Integration von Arbeitslosen eigentlich den Arbeitsämtern obliegt. So habe der Kreis Emsland mit seiner Serviceagentur mit diesen Maßnahmen den Kreishaushalt in Millionenhöhe entlasten können. Arbeitgeber könnten über die Serviceagentur eine Eingliederungshilfe erhalten, wenn sie bereit sind, mit einem oder mehreren Sozialhilfeempfängrn ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu begründen. Ähnliches gibt es im Nachbarkreis Leer. In dieser Situation zu überlegen, den Sozialhilfeträgern zusätzlich noch 1,4 Millionen Arbeitslosenhilfebezieher zu überantworten, bedeutet nach Meinung von Peter Raske, auf Kosten der Ausgegrenzten den Konflikt mit den Kommunen zu suchen. Ihr Handlungsspielraum wäre auf Dauer beseitigt, und Sozialhilfe würde als Ausfallbürge des Bundes mißbraucht.

General Anzeiger 12.12.1997

Die SPD gegen Abschaffung der Arbeitslosenhilfe

Arbeitslose nicht den Kommunen aufbürden

Emsland. Zu den jetzt bekanntgewordenen Überlegungen der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe abzuschaffen, äußerte sich der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland, Peter Raske, während einer gemeinsamen Sitzung von SPD-Kreisfraktion und SPD-Kreisvorstand.

„Während Norbert Blüm noch auf dem Kongreß mit dem irreführenden Titel „Arbeit für Alle“ bekannt gab, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe miteinander zu verzahnen, werden jetzt weiterreichende Überlegungen von der Regierung angestellt, die Arbeitslosenhilfe ganz abzuschaffen und die Betroffenen in die Sozialhilfe abzuschieben“, so Raske.

700.000 Empfänger

Auf Sozialhilfe sind laut Raske bereits heute 700.000 arbeitslose Menschen angewiesen. Die Kommunen kämpfen mit Fördermaßnahmen in Höhe von rund 200.000 Plätzen dagegen an, obwohl die Integration von Arbeitslosen eigentlich den Arbeitsämtern obliegt. So hat der Kreis Emsland mit seiner Serviceagentur durch seine Maßnahmen den Kreishaushalt in Millionenhöhe entlasten können. Arbeitgeber können über die Serviceagentur eine Eingliederungshilfe erhalten, wenn sie bereit sind, mit einem oder mehreren Sozialhilfeempfängern ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu begründen.

In dieser Situation zu überlegen, den Sozialhilfeträgern zusätzlich noch die Arbeitslosenhilfebezieher - 1,4 Millionen Menschen - zu überantworten, bedeutet nach Meinung von Peter Raske, auf Kosten der Ausgegrenzten den Konflikt mit den Kommunen zu suchen. Denn ihr Handlungsspielraum wäre auf Dauer beseitigt, und Sozialhilfe würde als Ausfallbürge des Bundes mißbraucht.

Sonntags Report 14.12.1997

„Aktive Arbeitsförderung für Sozialhilfeempfänger“

SPD wendet sich gegen Abschaffung der Arbeitslosenhilfe

Papenburg Zu den Überlegungen der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe abzuschaffen, erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland, Peter Raske: „Während Norbert Blüm noch auf dem Kongreß mit dem irreführenden Titel ‚Arbeit für alle‘ bekanntgab, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe miteinander zu verzahnen, werden jetzt weitreichende Überlegungen von der Regierung angestellt, die Arbeitslosenhilfe ganz abzuschaffen und die Betroffenen in die Sozialhilfe abzuschieben.“

Auf Sozialhilfe sind, so Peter Raske, bereits heute 700 000 arbeitslose Menschen angewiesen. Die Kommunen kämpfen mit Fördermaßnahmen in Höhe von rund 200 000 Plätzen dagegen an, obwohl die Integration von Arbeitslosen eigentlich den Arbeitsämtern obliegt. So hat der Kreis Emsland mit seiner Serviceagentur mit diesen Maßnahmen den Kreishaushalt in Millionenhöhe entlasten können. Arbeitgeber können über die Serviceagentur eine Eingliederungshilfe erhalten, wenn sie bereit sind, mit einem oder mehreren Sozialhilfeempfängern ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu begründen.

In dieser Situation zu überlegen, den Sozialhilfeträgern zusätzlich noch die Arbeitslosenhilfebezieher – 1,4 Millionen Menschen – zu überantworten, bedeutet nach Meinung von Peter Raske, auf Kosten der Ausgegrenzten den Konflikt mit den Kommunen zu suchen. Denn: ihr Handlungsspielraum wäre auf Dauer beseitigt, und Sozialhilfe würde als Ausfallbürge des Bundes mißbraucht.

Deshalb fordert die SPD des Emslandes auf ihrer gemeinsamen Sitzung mit der Kreistagsfraktion aktive Arbeitsförderung statt Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Die arbeitslosen Sozialhilfeempfänger müssen in die aktive Arbeitsförderung einbezogen werden.

Ems-Zeitung 17.12.1997